

## J'accuse...! in Anlehnung an Emile Zolas Brandbrief vom 13.01.1898

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin:

Gestatten Sie mir, Sie zuvörderst meiner Verbundenheit für die wohlwollende Aufnahme dieses Anschreibens zu versichern. Wiewohl Ihr berechtigter Ruhm mir insonderheit am Herzen liegt, ich Ihnen freilich enthüllen muss, dass Ihr bisher so glückhafter Stern von allerschimpflichsten und unauslöschlichsten Makeln bedroht ist.

Sie sind unverseht und strahlend aus niedrigsten Verleumdungen hervorgegangen. Sie haben sich die Herzen erobert, Sie erscheinen licht im Scheine jener grenzübergreifenden Geschehnisse im Umgang mit bedrängten Verfolgten, ein Geschehnis, das die europäische Einheit bis in ihre Grundfesten erschüttert. Gleichzeitig mobilisieren Sie alle Behelfe, um die darbenenden Finanzen unseres ruhmbedeckten Banken- und Versicherungswesens nachhaltig zu erlösen, ein Titanenwerk, das - ein wahrhaft erhabener Triumph - unser jugendfrisches Jahrhundert der Lauterkeit, Gerechtigkeit und Freiheit schon jetzt krönen soll. Aber Welch ein Schandmal auf Ihrer Regierung - fast hätte ich gesagt - auf Ihren Namen: diese abscheuliche Affäre jämmerlicher, bankrotter Freiberufler, schmachvoll gekettet an private Krankenkassen.

Vermittels der jetzt geltenden Festlegungen für die Krankenassekuranz wurde jedweder sozialen Gerechtigkeit ein harter Faustschlag direkt ins Gesicht versetzt! Seit 2009 trägt unser Vaterland diese Besudelung auf der Wange; die Geschichtsschreibung wird es künftigen Generationen deutlich machen, dass diese Übeltaten unter Ihrer Kanzlerschaft gebilligt, ja sogar befördert wurden, ergo unter selbiger Obrigkeit solch ein Frevel an zahllosen unbescholtenen Mitbürgern begangen werden konnte.

Demnach gibt es derweil schon mindestens 150.000 Opfer, 150.000 ehrliche Mitbürger, 150.000 arglose Herzen, welche ihre Anliegen Gott anheimgaben, während der Teufel am Werke war...ich kann mich nicht länger bezähmen und sage es mithin frei heraus: wenn man Gerechtigkeit und Lauterkeit ignoriert, ballen sie sich zusammen und gewinnen schließlich eine solche Heftigkeit, dass sie an dem Tage, an welchem sie obsiegen, alles mit sich reißen. Man hüte sich, früher oder später diese fürchterliche Katastrophe heraufzubeschwören. Ist doch ihr edles Amt mit dem machtvollen Instrument der Richtlinienkompetenz ausgestattet, behufs dessen Sie in der Lage wären, diesem beklagenswerten Zustand abzuhelpfen. Doch ist es an der Zeit, zum Abschluss zu kommen:

- Ich klage mithin den derzeit amtierenden Gesundheitsminister, samt seiner Vorgänger an, über 150.000 privat Versicherte, vorwiegend freiberuflich tätige Mitbürger, die sich ihre Krankenversicherung nicht mehr leisten können, als Strandgut der letzten Gesundheitsreform hinterlassen zu haben. Diesen empörenden Missstand hat zudem eine SPD-Ministerin - wenn auch ungewollt, wie ich glauben will - zu vertreten. Ihre Nachfolger im Ministeramt rechtfertigen dies unheilvolle Werk nun schon seit nunmehr acht Jahren mit den abgeschmacktesten und niederträchtigsten Machenschaften.
- Ich klage mithin insbesondere den Exgesundheitsminister Rösler an, sich aus menschlicher und politischer Nachgiebigkeit an einer der großen Unbilligkeiten unseres noch jungen Jahrhunderts mitschuldig gemacht zu haben, indem er nämlich einen ausgewiesenen Interessenvertreter und hochrangigen Verbandsfunktionär des privaten Assekuranzwesens eine Schlüsselfunktion, nämlich die eines Abteilungsleiters für Grundsatzfragen in seinem Ressort zuwies. Vermittels dieser personellen Verflechtung verringerte er Unabhängigkeit und Wahrhaftigkeit Ihrer Regierung Frau Bundeskanzlerin!
- Ich klage mithin alle seither amtierenden Gesundheitsminister an, ihre Augen angesichts dieser bestürzenden Entwicklung weiterhin fest geschlossen zu halten und stattdessen von einem "probaten Modell" zu sprechen, welches eine "gute Gesundheitsfürsorge für alle verbürgt." Trotz augenfälliger Ungerechtigkeiten, ignorieren sie sichere Hinweise

und Belege und machen sich somit einer Verletzung von Menschlichkeit und Aufrichtigkeit zumindest mitschuldig... und dies alles, um ein ungerechtes und somit untaugliches und desavouiertes Krankenversicherungsmodell zu retten!

- Ich klage schlussendlich das Versicherungswesen an, das - begünstigt durch Ihre politische Protektion - schamlos rigorose Versicherungskonditionen durchsetzen darf und damit zusätzlich eine rasant anwachsende Schuldenlast der Leidtragenden zu verantworten hat. Das "Entgegenkommen" zum Behelf dieser aussichtslosen Zwangslage besteht u.a. darin, den Selbstbehalt auf nicht mehr finanzierbare Summen zu schrauben, um den ohnehin schon gepeinigten "Versicherten" den fragwürdigen Genuss niedrigerer Monatsbeiträge zu verschaffen. Die private Assekuranz befindet sich somit in der überaus komfortablen Lage, ständige Beitragszahlungen einzuheimsen, bei gleichzeitiger Gewissheit, so gut wie keine Leistungen mehr erstatten zu müssen, und zwar solange, bis der Versicherte finanziell ausgeblutet ist, um dann nach Gutdünken als Beitragspreller straffällig zu werden, Hartz IV zu beantragen, oder seinen versicherungsfreien Ruhestand in der Fremde verbringen zu müssen, in Staaten mit vergleichsweise schwächeren Volkswirtschaften, aber gleichwohl gerechteren Versicherungssystemen...

Erlauben Sie mir noch letztlich anzumerken, dass ich mich selbst als überzeugten Fürsprecher einer allgemeinen Krankenversicherungspflicht wahrnehme, allein sollte dies aber auch einen allumfassenden Zugang zu allen, damit untrennbar verbundenen Anrechten und Pflichten beinhalten und keine einseitige Zwangsalimentierung des ohnehin schon finanzstarken Assekuranzwesens durch die Versicherten implizieren. Hätte jedes der 150.000 leidtragenden Opfer seit Inkrafttreten dieser niederträchtigen Gesundheitsreform die obligatorisch zu entrichtenden Beiträge als Rücklage für Notfälle angespart, stünde ihm heute eine Summe von annähernd 40.000 Euros zur Verfügung, genug, um sich eine menschenwürdige medizinische Betreuung angedeihen zu lassen. So aber mutiert die Krankenversicherung zu einer obszönen Doppelbelastung für die Versicherten, die neben den regulären Versicherungsbeiträgen auch noch zusätzlich anfallende Behandlungskosten bei auftretenden Erkrankungen zu tragen haben.

Indem ich diese Anklage erhebe, weiß ich sehr wohl, dass ich Gefahr laufe, mich des Vergehens der üblen Nachrede verantwortlich zu machen. Die Menschen, die ich anklage kenne ich nicht, ich habe sie nie gesehen, und ich hege weder Groll noch Hass gegen sie.

Sie sind für mich nur Symptome einer Krankheit unseres Gemeinwesens. Die Handlung, die ich hier vollziehe, ist nur ein kategorisches Mittel, um im postfaktischen Zeitalter den Sieg von Wahrheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen!

Ich habe nur ein leidenschaftliches Anliegen: Licht auf dieses düstere Kapitel unserer Republik zu werfen, dies im Namen der Menschheit, die so viel gelitten hat und die ein Recht auf mehr Redlichkeit und Glück besitzt.

In Karlsruhe, am 23. Januar 2017



**K.R. Schübel HP**